

SÜDKURIER

MASKENPFLICHT

Dann kann man es gleich lassen



Werden die Maskenregeln gerade abgeschafft oder verschärft? Das weiß keiner mehr so genau. Die Corona-Politik scheint am Ende zu sein.

VON DOMINIK DOSE

Dieser Kommentar hätte Sie vor einem Jahr noch so richtig in Wallung gebracht. Maskenpflicht. Was war das für ein Reizwort. Für die einen Freiheitsberaubung schwerster Art, für die anderen der heilige Gral der Corona-Bekämpfung. Und nun? Scheinen dem Thema selbst die Entscheider mit Gleichgültigkeit gegenüberzustehen. Anders ist nicht zu erklären, warum erst eine Verschärfung der Maskenpflicht angekündigt wurde, sie jetzt in Flugzeugen aber fallen soll. Da denkt sich jeder: Die wissen wohl selbst nicht, was richtig ist. Denn von einer hochdynamischen Situation mit ständig neuen

Erkenntnissen kann nach zweieinhalb Jahren Pandemie wirklich nicht mehr die Rede sein. Die Folgen dieses Schlingerkurses sieht längst jeder selbst, der Bus und Bahn fährt: Die Maskenpflicht wird hier eher als Empfehlung wahrgenommen. Kontrollieren kann sie ohnehin niemand richtig. Das weiß freilich auch die Politik, hat diesen Durchwurschel-Zustand aber so laufen lassen. Ehrlicher wäre gewesen: Maskenpflicht aufheben und wieder einführen, wenn wirklich unvermeidbar. Dann nehmen die Leute das auch ernst. Stattdessen macht nun jeder, was er denkt. Wirkliche Verhaltensänderungen sind nur noch zu erwarten, wenn Corona tatsächlich noch einmal an Schrecken gewinnt, etwa durch gefährlichere Varianten. Dann werden die Menschen von alleine wieder vorsichtig – weil Eigenverantwortung eben doch die stärkste Waffe in der Pandemie ist.

dominik.dose@suedkurier.de

HABECK-ENTSCHEIDUNG

Ein bisschen Atomkraft



Wirtschaftsminister Habeck wollte den Streit um die Kernkraft mit seiner Sowohl-als-auch-Entscheidung beenden. Jetzt flammt er erst richtig auf.

VON DIETER LÖFFLER

In Krisen helfen Kompromisslösungen selten weiter. Zu spüren bekommt das im Augenblick Robert Habeck. Sein Vorschlag, zwei Atomkraftwerke als Notreserve am Netz zu lassen und das dritte abzuschalten, soll beide Seiten zufriedenstellen – die Ausstiegs-Hardliner in seiner Partei wie auch jene Teile in Wirtschaft und Bevölkerung, die Angst vor winterlichen Stromausfällen und kollabierenden Industriezweigen haben. Erreicht hat er das Gegenteil. Alle trampeln auf Habecks Plan herum, alle wüten. Ein bisschen Atomkraft geht eben wohl doch nicht.

Die Stimmung wenden kann der Wirtschaftsminister nur, wenn er die

Grundlagen seiner Entscheidung klar darlegt. Zu viele Fragen sind noch offen. Wie kommt Habeck zu der Einschätzung, Strom-Engpässe oder gar ein Blackout im Winter seien ausgeschlossen? Fachleute sind da weniger optimistisch. Kann man ein Atomkraftwerk wirklich in den Stand-by-Betrieb schalten? Und: Was ist dran am Vorwurf von Friedrich Merz, das Akw Emsland werde nur deswegen abgeschaltet, weil der Minister seinen grünen Parteifreunden in Niedersachsen nicht den Landtagswahlkampf zerdeppern wolle?

Habeck wollte den Streit um die Kernkraft mit seiner Sowohl-als-auch-Entscheidung beenden, jetzt flammt er erst richtig auf. Schon mit der Gasumlage agierte der Vorzeigeminister der Grünen wenig glücklich. Nun bringt ihn die Atomscheidung weiter in die Defensive. Wie es scheint, wartet nicht nur die CDU darauf, sondern auch der Koalitionspartner FDP.

dieter.loeffler@suedkurier.de



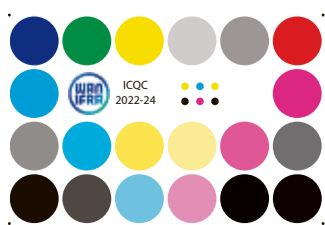
Regierungswechsel in Großbritannien... HARM BENGEN/TOONPOOL

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020
European Newspaper Award 2011-2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021

Chefredakteur: Stefan Lutz (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)
Leitender Redakteur, Politik und Hintergrund: Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger;
Kultur: Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Dirk Salzmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH
Geschäftsführer: Michel Bieler-Loop, Peter Selzer
Vertrieb: Julian Kögel **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485
Internet: https://www.suedkurier.de
https://www.suedkurier-medienhaus.de
E-Mail: redaktion@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz; IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE3333
Anzeigen und Werbevermarktung:
SK ONE GmbH
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
E-Mail: info@sk-one.de; anzeigen@sk-one.de
Internet: https://www.sk-one.de
Anzeigen: Michael Schmierer (verantwortlich)
Regional: Tobias Gräser, Thomas Sausen

Abo-Service und Kleinanzeigen:
Servicenummer 0 75 31/999-4444 (Ortstarif)
abo-service@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
Max-Stromeyer-Straße 180, 78467 Konstanz
Es gelten die Mediadaten 2022 (Preisliste Nr. 91, ab 01.07.2022), mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen im SÜDKURIER/Alb-Bote und seinen elektronischen Ausgaben. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



Note 3,1 bei der Frage nach der Zufriedenheit: Danyal Bayaz (Grüne).



3,2: Landesjustizministerin Marion Gentges (CDU) folgt auf Platz 2.



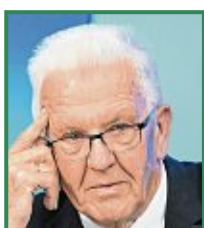
3,2: Nicole Razavi (CDU), Ministerin für Wohnen und Entwicklung.



3,3: Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU).



3,3: Die scheidende Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne).



3,4: Winfried Kretschmann (Grüne) landet nur noch im Mittelfeld.



3,4: Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU), seit 2011 dabei.



3,4: Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne), seit 2021 im Amt.



3,6: Winfried Hermann (Grüne), Verkehrsminister, folgt weiter hinten.



3,6: Thekla Walker (Grüne), Umweltministerin, ebenfalls neu im Kabinett.



3,6: Innenminister Thomas Strobl (CDU) auf dem zweitletzten Platz.



3,7: Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) landet auf dem letzten Platz.

Kretschmann auf Platz 6

BaWü-Check: Wie zufrieden sind die Bürger mit der Landesregierung? Der Ministerpräsident landet im Mittelfeld



VON MICHAEL SCHWARZ
politik@suedkurier.de



Wie bekannt und beliebt sind die Mitglieder der Landesregierung? Auch mit dieser Frage beschäftigt sich der aktuelle BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen, bei dem das Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach im August landesweit eine repräsentative Umfrage unter 1018 Bürgern ab 18 Jahren durchgeführt hat.

Nun ist es keine Überraschung, dass 86 Prozent der Befragten angeben, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zu kennen. In Landesregierungen sind die Regierungschefs schon immer diejenigen, die im Land am stärksten wahrgenommen werden. Dass Kretschmann, der erste grüne Ministerpräsident in der Geschichte Deutschlands, schon seit 2011 im Amt ist, verstärkt seine Bekanntheit noch. „Mich wundert eher, dass sein Wert unter 90 Prozent liegt“, sagt Frank Brettschneider, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Stuttgart-Hohenheim auf Nachfrage des SÜDKURIER.

Interessant ist aber ein anderer Wert. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den Mitgliedern des Kabinetts landet Kretschmann mit der Note 3,4 nur im Mittelfeld auf Platz sechs. Laut Brettschneider hängt der bescheidene Wert des Grünen-Politikers wohl damit zusammen, dass ihn viele kennen, also auch diejenigen, die kein gutes Bild von ihm haben. Dies müsse bei der Befragung berücksichtigt werden.

Den gegenteiligen Effekt kann man wohl bei Finanzminister Danyal Bayaz



„Mich wundert eher, dass sein Wert unter 90 Prozent liegt.“

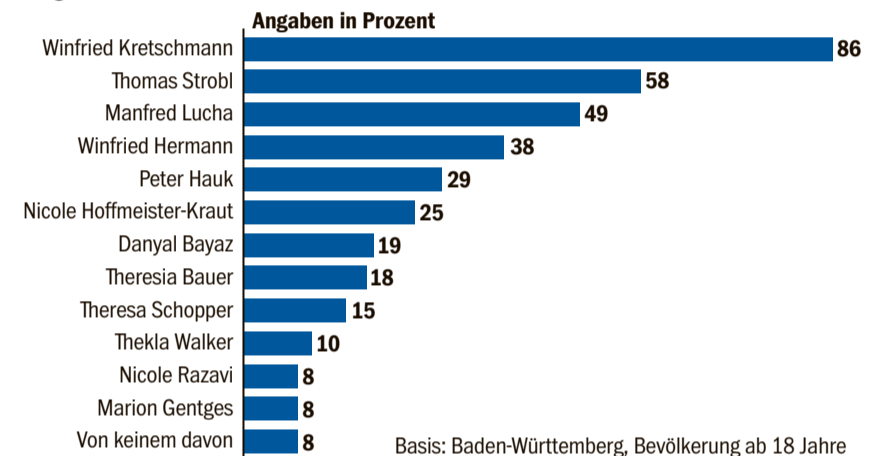
Frank Brettschneider, Kommunikationswissenschaftler an der Uni Hohenheim, über Kretschmann

(Grüne), Justizministerin Marion Gentges (CDU) und Wohnungsbauministerin Nicole Razavi (CDU) beobachten. Bei der Bewertung schneiden sie mit 3,1 (Bayaz) und 3,2 (Gentges und Razavi) am besten ab. Bekannt ist Bayaz aber nur knapp jedem fünften Befragten, Gentges und Razavi gar nur etwa jeder zehnten Person. „Wer sie bewertet, hat sich vermutlich intensiver mit ihnen beschäftigt. Darunter dürften auch viele Personen sein, die mit den jeweiligen Parteien sympathisieren“, so Brettschneider.

Bayaz sei jedoch ein Sonderfall. Er trete frisch auf und zeichne in den sozialen Medien ein sehr nahbares Bild von sich, so Brettschneider. Auch in

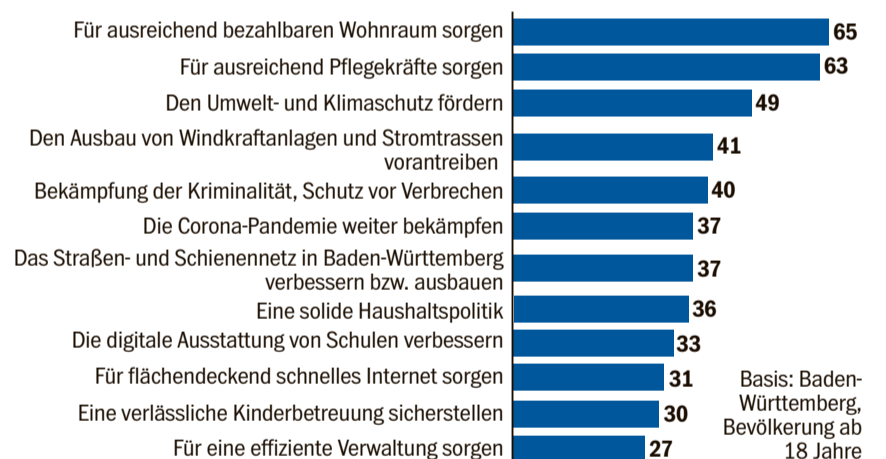
Nur geringe Bekanntheitswerte der meisten Landesminister

Frage: „Hier stehen verschiedene Landespolitiker. Von welchen haben Sie schon einmal gehört oder gelesen?“



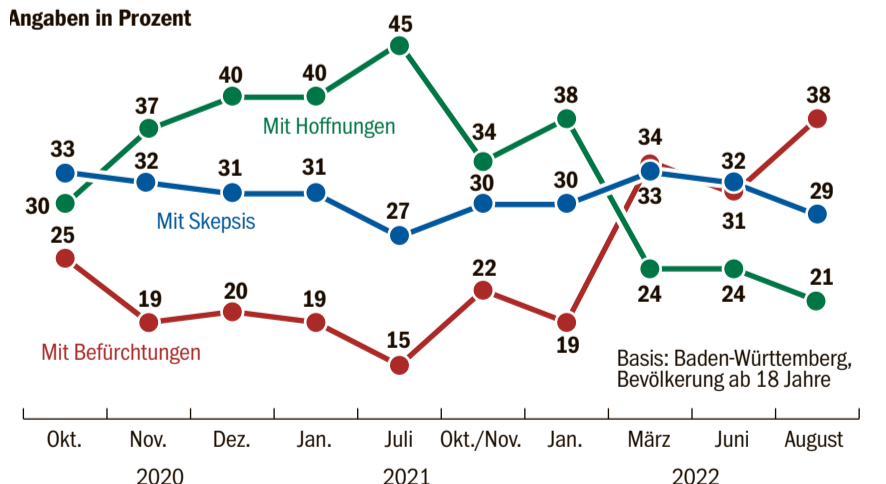
Die politischen Prioritäten der Bevölkerung

Frage: „Hier sind verschiedene politische Ziele aufgeschrieben. Welche dieser Ziele halten Sie für die Politik hier in Baden-Württemberg für besonders wichtig?“



Im Stimmungstief

Frage: „Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



seinem Feld der Finanzpolitik wirke er seriös. Zudem gelte er als einer der potenziellen Kretschmann-Nachfolgekandidaten. Dies alles erkläre seine etwas höheren Sympathiewerte. Wobei insgesamt die Zufriedenheitswerte der einzelnen Minister im Kabinett sehr eng zusammenliegen.

Auf dem letzten Platz der Zufriedenheitsskala befindet sich laut Allensbach-Studie Sozialminister Manfred Lucha (Grüne). Bei ihm dürften die Probleme beim Corona-Management eine Rolle gespielt haben. Innenminister Thomas Strobl (CDU) ist Vorletzter. „Strobl polarisiert“, sagt Brettschneider. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Strobl dürften auch seine

Unterstützung bei CDU-Anhängern reduziert haben.

Im Übrigen bescheinigt der BaWü-Check dem Land ein Stimmungstief. Aktuell sehen nur 21 Prozent der Baden-Württemberger den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen, so wenige wie bei keiner Allensbacher Umfrage zuvor. Die Erklärung: Die Bürgerinnen und Bürger sind seit Beginn der Corona-Pandemie mit einer Vielzahl von Krisen konfrontiert, wie sie große Teile der Bevölkerung noch nicht erlebt haben und schon gar nicht gleichzeitig. Der Eindruck, dass sich immer neue Krisen einstellen, ohne dass die bisherigen gelöst sind, sorgt für dieses historische Stimmungstief.